

„Ein Jahrhundertprojekt für Darmstadt“

KONVERSION Fast einstimmig billigt
Parlament Vorlage zur Lincoln-Siedlung

Nach zweistündiger Debatte hat die Stadtverordnetenversammlung am Donnerstagabend weitgehend einstimmig die Magistratsvorlage zum aktuellen Stand der Konversion gebilligt sowie zwei Anträge, mit denen das Eckpunktepapier zur Lincoln-Siedlung an die neueste Entwicklung angepasst werden soll.

Die Stadt und der Bauverein wollen, wie berichtet, ihr Erstzugriffsrecht ausüben und die Lincoln-Siedlung komplett von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) übernehmen.

Baudezernentin Brigitte Lindscheid (Grüne) hatte vor der Abstimmung hervorgehoben, dass die Stadt nach langwierigen Verhandlungen mit der Bima ihre städtebaulichen Ziele erreicht habe. Sie nannte die Schaffung eines vielfältigen Wohnquartiers für 3000 Menschen, wobei es Quoten für besondere Wohngruppen (15 Prozent) und Sozialwohnungsbau geben werde. Auch eine „grüne Mitte“, ein umweltverträgliches Verkehrskonzept und eine nachhaltige Bauweise seien nun möglich. Lindscheid dankte „den vielen Protagonisten auf allen Ebenen“, die der Stadt beigestanden hätten, und nannte die frühere Bundestagsabgeordnete Daniela Wagner (Grüne), den hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier (CDU), die Landtagsabgeordnete Karin Wolff (CDU) und den wohnungspolitischen Beauftragten der Landesregierung, Herbert Hierschler.

Ludwig Achenbach (CDU) sprach von einem Jahrhundertprojekt („Ein guter Tag für Darmstadt“) und der besten Möglich-

keit, die Ziele der Stadt zu erreichen. Er warb um Einstimmigkeit. Dies sei bisher schon bei der Konversion der Fall gewesen und habe Eindruck auf die Bima gemacht.

Karin Kosub (SPD) machte den Magistrat für die langen Verzögerungen verantwortlich und sagte, dass das Erstzugriffsrecht auf Konversionsflächen schon im März 2012 vom Haushaltsausschuss geschaffen worden sei.

Oberbürgermeister Jochen Partsch (Grüne) konterte, dass es erst in mühsamen Verhandlungen mit der Bima gelungen sei, dass dies erstens auch für nicht-militärisch genutzte Flächen gelte, und zweitens auch für städtische Töchter wie den Bauverein. Hans Fürst (Grüne) warnte die SPD vor vordergründigen Spielen. Für Erich Bauer (Uwiga) „bleibt Lindscheids Name verbunden mit langem Stillstand“.

SPD fordert einstündige Sitzungs-Verschiebung

Zum Auftakt der Stadtverordnetenversammlung hatte SPD-Fraktionsführer Hanno Benz für Unmut im Saal gesorgt, weil er eine einstündige Verschiebung des Sitzungsbeginns beantragte. Ein interfraktioneller Antrag aus dem OB-Büro zum Thema Konversion, so seine Begründung, habe ihn erst am Vortag um 16 Uhr erreicht. Es sei keine Zeit gewesen, den Antrag zu beraten. Im Hinblick auf die Zuschauer einigte man sich auf 30 Minuten Beratungszeit.

Am Ende wurde der interfraktionelle Antrag sowie ein gemeinsamer Maßgabeantrag von SPD, FDP und Uwiga angenommen. *hap*